

Verwaltungs- und Benutzerordnung für die digitale Informationsverarbeitung und Kommunikation (luK) an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

Präambel

Die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg (PHL) und ihre Einrichtungen betreiben ein kooperatives System zur Informationsversorgung und -verarbeitung. Teil dieses Systems ist die Infrastruktur für digitale Informationsverarbeitung und Kommunikation (luK-Infrastruktur).

Die vorliegende Verwaltungs- und Benutzungsordnung regelt die Bedingungen, unter denen das luK-Leistungsangebot bereitgestellt wird und genutzt werden kann.

Die Verwaltungs- und Benutzungsordnung

- orientiert sich an den gesetzlich festgelegten Aufgaben der Hochschulen sowie an ihrem Mandat zur Wahrung der akademischen Freiheit
- stellt Grundregeln für einen ordnungsgemäßen Betrieb der luK-Infrastruktur auf
- weist hin auf die zu wahrenen Rechte Dritter (z.B. Softwarelizenzen, Auflagen der Netzbetreiber, Datenschutzaspekte)
- verpflichtet die/den Nutzer*in zu korrektem Verhalten und zum ökonomischen Gebrauch der angebotenen Ressourcen
- klärt auf über eventuelle Maßnahmen des Betreibers bei Verstößen gegen die Benutzungsordnung und zugehörige Regelungen.

1. Abschnitt: Verwaltungsordnung

§ 1 Betreiber der luK-Infrastruktur

- (1) luK-Infrastruktur im Sinne dieser Verwaltungs- und Benutzungsordnung sind alle luK-Systeme, wie Datenverarbeitungsanlagen (Rechner), Kommunikationssysteme (Netze mit ihren Komponenten) sowie weitere Systeme der digitalen Informationsverarbeitung, Software und deren Kombinationen, und die zugehörigen Dienste (luK-Dienste).
- (2) Betreiber der luK-Infrastruktur ist nach dieser Ordnung das Zentrum für Medien und Informationstechnologie (MIT) in Verbindung mit weiteren Systembetreibern und Diensteanbietern in den übrigen Einrichtungen der Hochschule im Rahmen eines

kooperativen Versorgungssystems.

- (3) Das MIT ist eine Abteilung des Kommunikations- und Informationszentrums (KIZ) gemäß § 28 LHG und der Verwaltungsordnung des KIZ. Die Organisation und Verwaltung der weiteren Systembetreiber und Diensteanbieter richtet sich nach den Verwaltungsordnungen für die übrigen Einrichtungen.

§ 2 Aufgaben des MIT

Das MIT hat die Aufgabe, die digitale Informationsverarbeitung und Kommunikation (IuK) an der PHL im Zusammenwirken mit den Hochschuleinrichtungen zu fördern und zu betreuen. Dem MIT obliegen dabei insbesondere folgende Aufgaben:

1. Betrieb der hochschulweiten Kommunikationsnetze sowie der zugewiesenen IuK-Infrastruktur mit allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten einschließlich anwendungsbezogener Entwicklungen.
2. Beratung des Rektorats bei grundsätzlichen Fragen der Informationsverarbeitung und der technischen Kommunikationsmittel der PHL.
3. Beratung bei der Beschaffung von IuK-Systemen soweit sie ganz oder teilweise in Verbindung mit den Anlagen des MITs betrieben werden sowie von Software generell. Das MIT äußert sich aufgrund von Nutzungsanalysen (Personal, Räume, IuK-Systeme, Auslastung, Software) gutachtlich über die sachliche Notwendigkeit sowie Art und Umfang der Beschaffung von IuK-Systemen.
4. Betriebsfachliche Aufsicht über alle IuK-Systeme an der PHL, auch soweit sie nicht in deren Eigentum stehen.
 - IuK-Systeme, die unmittelbar und ausschließlich mit Forschungsgeräten verbunden sind, können durch Beschluss des Rektorats von der betriebsfachlichen Aufsicht ausgenommen werden.
 - IuK-Systeme deren Anschaffungswert unter EUR 5.000,- liegen können durch die MIT-Leitung ebenfalls ausgenommen werden.
5. Planung, Aufbau und Betrieb des Kommunikationsnetzes der Hochschule, einschließlich
6. des Betriebs des Zugangs zu externen Netzen.

§ 3 Leitung des MIT

- (1) Das MIT hat eine(n) ständige(n) Leiter*in.
- (2) Die Leitung des MITs ist verantwortlich für die Verwaltung und die Entscheidung über den Einsatz der dem MIT zugewiesenen Stellen, Sachmittel und Räume; ihm bzw. ihr obliegen, unbeschadet der Zuständigkeit der zentralen Verwaltung, insbesondere folgende Aufgaben:
 1. Regelung der inneren Organisation, Erlass einer Betriebsordnung und Sorge für den wirtschaftlichen Einsatz des vorhandenen Personals und der zur Verfügung stehenden Sachmittel und Einrichtungen.
 2. Vorschlag für die Einstellung von Personal gemäß § 11 LHG.
 3. Entscheidung über die Zulassung zur Benutzung und die Verteilung der Betriebsmittel auf die Benutzer*innen sowie über den Ausschluss von der Benutzung, soweit nicht das Rektorat zuständig ist.
 4. Festlegung und Durchführung von Maßnahmen zur Betreuung und betriebsfachlichen Aufsicht.

5. Treffen der erforderlichen Maßnahmen für die Datensicherung und den Datenschutz.
 6. Empfehlungen zur Ausbauplanung.
- (3) Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes kann die/der Leiter*in des MITs weitere Regeln für die Nutzung der IuK-Dienste des MIT erlassen, wie z.B. Nutzungsbedingungen für die Nutzung der Medienräume, technisch-organisatorische Vorgaben zum Betrieb des Datennetzes oder Betriebsregelungen für Nutzung der Servern des MIT.
- (4) Der Leiter bzw. die Leiterin unterrichtet die zuständigen Hochschulorgane über seine bzw. ihre Geschäftsführung.

§ 4 Personal, Finanzen

Die für das MIT erforderlichen Stellen und Haushaltsmittel werden durch das Rektorat zugewiesen.

Die/der Leiter*in ist Vorgesetzte*r der im MIT tätigen Bediensteten.

Die Abwicklung von Zuwendungen Dritter richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 5 Datenschutz

Die Vorschriften der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO), des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) und bereichsspezifischer Datenschutzvorschriften (insbesondere Telekommunikationsgesetz (TKG), Telemediengesetz (TMG)) in den jeweils geltenden Fassungen, die Einhaltung technischer und organisatorischer Maßnahmen zum Datenschutz und die diesbezüglichen Vorgaben und Richtlinien des örtlichen Datenschutzbeauftragten sind zu beachten.

2. Abschnitt: Benutzungsordnung

§ 6 Geltungsbereich und ergänzende Regelungen

- (1) Diese Benutzungsordnung gilt für die vom MIT und den sonstigen Einrichtungen der PHL bereitgehaltene IuK-Infrastruktur.
- (2) Die in Absatz 1 genannte IuK-Infrastruktur kann von den Mitgliedern und Angehörigen der PHL zur Erfüllung ihrer Aufgaben aus Forschung, Lehre, Studium, Verwaltung, Aus- und Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Außendarstellung, internationaler Zusammenarbeit, Wissens- und Technologietransfer und für sonstige in § 2 LHG beschriebene Aufgaben genutzt werden. Die Nutzung für private Zwecke ist ohne gesonderte Nutzungserlaubnis nicht zulässig.
- (3) Die Nutzung kann auch für andere Zwecke und andere Personen und Einrichtungen unter den Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 LHG gestattet werden. Einzelheiten einer entgeltpflichtigen Nutzung werden in gesonderten Entgeltordnungen geregelt.
- (4) Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebs der IuK-Infrastruktur kann die

Leitung der jeweiligen Einrichtung weitere Regelungen über Fragen des Betriebsalltags erlassen (Betriebs- und Nutzungsregelungen). Ergänzend gelten die Bestimmungen der Verwaltungsordnung der jeweiligen Einrichtung.

- (5) Die Benutzung der luK-Infrastruktur erfolgt im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses.

§ 7 Nutzungsberechtigung und Zulassung

- (1) Wer die luK-Infrastruktur nach § 6 nutzen will, bedarf einer formalen Nutzungsberechtigung des zuständigen Betreibers gemäß Absatz 2. Ausgenommen sind luK-Dienste, die für anonymen Zugang eingerichtet sind.
- (2) Betreiber ist das MIT im Rahmen seiner Aufgaben und Zuständigkeiten oder die jeweils zuständige organisatorische Einrichtung der PHL.
- (3) Der Antrag auf eine formale Nutzungsberechtigung soll folgende Angaben enthalten:
 1. Antragsteller bzw. Antragstellerin: Name, Erreichbarkeit, Status - bei Studierenden auch Matrikelnummer - und gegebenenfalls die Zugehörigkeit zu einer organisatorischen Einheit oder einen vom Antragsteller bzw. von der Antragstellerin abweichenden Leistungsempfänger (Auftraggeber), sowie weitere zum Zwecke der Kostenzuordnung erforderliche Bestandsdaten,
 2. Anerkennung dieser Benutzungsordnung sowie der nach § 6 ergänzend erlassenen Regelungen als Grundlage des Nutzungsverhältnisses.
- (4) Über den Antrag entscheidet der zuständige Betreiber. Er kann die Erteilung der Nutzungsberechtigung vom Nachweis bestimmter Kenntnisse über die Nutzung der luK-Infrastruktur abhängig machen.
- (5) Die Zulassung zur Nutzung der luK-Infrastruktur erfolgt durch Erteilung einer Nutzungserlaubnis. Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen und störungsarmen Betriebs kann die Nutzungserlaubnis mit nutzungsbezogenen Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Die Nutzungserlaubnis gilt nur für Arbeiten und Zwecke, die in Zusammenhang mit der beantragten Nutzung stehen und kann zeitlich beschränkt werden.
- (6) Eine implizite Nutzungserlaubnis, welche mit weitergehenden nutzungsbezogenen Bedingungen und Auflagen verbunden ist, kann durch verbundene Einrichtungen oder Kooperationspartner (z.B. DFN „eduroam“) gestattet werden.
- (7) Die Nutzungserlaubnis kann ganz oder teilweise versagt, widerrufen oder nachträglich beschränkt werden, insbesondere wenn
 1. kein ordnungsgemäßer Antrag vorliegt oder die Angaben im Antrag nicht oder nicht mehr zutreffen,
 2. die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Nutzung der luK-Infrastruktur nicht oder nicht mehr gegeben sind,
 3. die nutzungsberechtigte Person nach § 8 von der Nutzung ausgeschlossen worden ist,
 4. die vorhandene luK-Infrastruktur für die beantragte Nutzung ungeeignet oder für besondere Zwecke reserviert ist,
 5. die Kapazität der Ressourcen, deren Nutzung beantragt wird, wegen einer bereits bestehenden Auslastung für die geplante Nutzung nicht ausreicht,

6. die Nutzung besonderen Datenschutzerfordernissen genügen muss und kein sachlicher Grund für die geplante Nutzung ersichtlich ist,
 7. zu erwarten ist, dass durch die beantragte Nutzung andere berechnigte Vorhaben in unangemessener Weise beeinträchtigt werden,
 8. das geplante Vorhaben der Nutzerin bzw. des Nutzers nicht mit den Aufgaben der PHL oder den Zulassungszwecken in Einklang steht,
 9. die Exportbedingungen von Herstellerländern bei Hardware, Software oder Diensten den Zugriff oder die Nutzung durch Angehörige benannter Staaten untersagen,
 10. bei einer entgeltpflichtigen Nutzung das festgesetzte Nutzungsentgelt nicht fristgemäß entrichtet wird.
- (8) Die Nutzungserlaubnis erlischt
1. nach einer definierten Übergangsfrist nach der Abmeldung durch die/den Nutzer*in,
 2. mit Ablauf einer befristet erteilten Zulassung,
 3. nach einer definierten Übergangsfrist nach Ende der Zugehörigkeit bzw. Mitgliedschaft der Nutzerin bzw. des Nutzers,
 4. durch Widerruf.

§ 8 Rechte und Pflichten der Nutzer*innen

- (1) Die nutzungsberechnigten Personen (Nutzer*innen) haben das Recht, die luK-Infrastruktur im Rahmen der Zulassung und nach Maßgabe dieser Benutzungsordnung zu nutzen. Im Verkehr mit anderen Betreibern gelten außerdem deren ergänzende Benutzungs- und Zugriffsrichtlinien, soweit diese der vorliegenden Benutzungsordnung nicht entgegenstehen. Eine hiervon abweichende Nutzung bedarf einer gesonderten Zulassung.
- (2) Der/dem Nutzer*in ist es untersagt, Nutzungsberechnigungen weiterzugeben.
- (3) Die Nutzer*innen sind verpflichtet,
 1. sowohl die Vorgaben dieser Benutzungsordnung als auch die Grenzen der Nutzungserlaubnis einzuhalten und insbesondere die Nutzungszwecke zu beachten,
 2. an einer sach- und ordnungsgemäßen Nutzung der luK-Infrastruktur mitzuwirken, insbesondere alles zu unterlassen, was den ordnungsgemäßen Betrieb der eigenen und fremden luK-Infrastruktur stört,
 3. keine Netzvermittlungsfunktionalität, insbesondere durch Geräte, die einen Funkzugang bieten (z.B. Smartphone im Hotspot-Mode), aus fremden Netzen ins oder aus dem Hochschulnetz zu ermöglichen,
 4. die luK-Infrastruktur und sonstige Infrastruktur sorgfältig und schonend zu behandeln,
 5. die luK-Infrastruktur verantwortungsvoll und wirtschaftlich zu nutzen,
 6. ausschließlich die ihnen erteilten Nutzungsberechnigungen zu verwenden,
 7. dafür Sorge zu tragen, dass keine anderen Personen Kenntnis von den Authentifizierungsschlüsseln - z. B. Passwort, PIN, Zertifikat, Private Key - erlangen, sowie Vorkehrungen zu treffen, damit unberechnigten Personen der Zugang zu der luK-Infrastruktur verwehrt wird,
 8. fremde Authentifizierungsschlüssel weder zu ermitteln noch offen zu legen,
 9. keinen unberechnigten Zugriff auf Informationen anderer Nutzer*innen zu nehmen und bekannt gewordene Informationen anderer Nutzer*innen nicht ohne Genehmigung weiterzugeben, selbst zu nutzen oder zu verändern,
 10. bei der Nutzung von Software und Informationsangeboten, Dokumentationen und anderen Daten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere zum Urheberrechts- und

- Markenschutz, einzuhalten und die Lizenzbedingungen, unter denen Software und Dokumentationen zur Verfügung gestellt werden, zu beachten,
11. Software, Dokumentationen und Daten weder zu kopieren noch an Dritte weiterzugeben, sofern dies nicht ausdrücklich erlaubt ist, noch zu anderen als den erlaubten Zwecken zu nutzen,
 12. in den Räumen des Betreibers den Weisungen des Personals Folge zu leisten und die vorhandene Hausordnung zu beachten,
 13. die Nutzungsberechtigung auf Verlangen nachzuweisen und sich zu identifizieren,
 14. ohne ausdrückliche Einwilligung des Betreibers keine Eingriffe in die IuK-Infrastruktur vorzunehmen, insbesondere ohne Nutzungserlaubnis keine privaten Systeme in die IuK-Infrastruktur der PHL einzubringen,
 15. dem Betreiber auf Verlangen in begründeten Einzelfällen, insbesondere bei begründetem Missbrauchsverdacht, Auskünfte über die Nutzung zu erteilen,
 16. eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verfahren mit dem Betreiber und dem Datenschutzbeauftragten abzustimmen und - unbeschadet der eigenen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen der Nutzerin bzw. des Nutzers - die vom Betreiber vorgesehenen Datenschutz- und Datensicherheitsvorkehrungen zu berücksichtigen,
 17. ihre Daten und Programme so zu sichern, dass durch einen Verlust für sie und die Hochschule kein Schaden entsteht,
 18. Statusänderungen mitzuteilen.
- (4) Die Nutzer*innen haben die IuK-Infrastruktur in einer Weise in Anspruch zu nehmen, dass nicht gegen geltende Rechtsvorschriften verstoßen wird. Auf die folgenden Straftatbestände wird besonders hingewiesen:
1. Ausspähen von Daten (§ 202a StGB),
 2. Datenveränderung (§ 303a StGB) und Computersabotage (§ 303b StGB),
 3. Computerbetrug (§ 263a StGB),
 4. Verbreitung pornographischer Darstellungen (§ 184 StGB), insbesondere der Besitz kinderpornographischer Darstellungen (§ 184 Abs. 5 StGB),
 5. Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB) und Volksverhetzung (§ 130 StGB),
 6. Ehrdelikte wie Beleidigung oder Verleumdung (§§ 185 ff. StGB),
 7. Strafbare Urheberrechtsverletzungen, z.B. durch urheberrechtswidrige Vervielfältigung von Software (§§ 106 ff. UrhG),
 8. Verletzung des Fernmeldegeheimnisses (§ 206 StGB).
- (5) Daten dürfen nur in den für jede/n Nutzer*in vorgesehenen Bereichen gespeichert werden. Dateien und deren Zugriffsattribute dürfen außerhalb der eigenen zugeordneten Arbeitsverzeichnisse nicht modifiziert werden, auch wenn dies technisch möglich ist.
- (6) Für den Fall der erlaubten geringfügigen privaten Nutzung der IuK-Infrastruktur gelten folgende Bedingungen:
1. Die Erfüllung betrieblicher Aufgaben darf nicht beeinträchtigt werden;
 2. der Bestimmungszweck der IuK-Infrastruktur darf nicht behindert werden;
 3. für die Hochschule dürfen sich aus der privaten Nutzung keine zusätzlichen Erfordernisse ergeben, insbesondere hat die/der Nutzer*in alles zu unterlassen, was zusätzliche Gewährleistungspflichten oder Haftungsrisiken für die Hochschule herbeiführen kann;
 4. jede extremistischen, rassistischen, pornographischen oder kriminellen Zwecken dienende Nutzung ist unzulässig;

5. Hochschul-E-Mailadressen dürfen nicht als Kontaktdaten für private Kommunikation veröffentlicht werden, etwa in politischen Foren oder auf privaten Websites;
 6. Sicherheit und Funktionsfähigkeit der IuK-Infrastruktur dürfen durch die private Mitnutzung nicht beeinträchtigt werden;
 7. auch für privat verwendete Dienste und Software ist das Vorhandensein einer Lizenz Voraussetzung;
 8. Private E-Mails sind durch die/den Nutzer*in zum frühestmöglichen Zeitpunkt als privat zu kennzeichnen. Die/der Nutzer*in weist seine privaten Kommunikationspartner ausdrücklich darauf hin, dass es sich um ein Dienstkonto handelt und dass das Risiko einer Einsichtnahme durch den Arbeitgeber besteht.
- (7) Umfasst die Nutzungserlaubnis die gesonderte Zulassung zur privaten Nutzung oder die Nutzung durch Personen (§ 6 Abs. 2 und 3) und wird im Rahmen dieser Nutzungserlaubnis auch das Hosting eigener Webseiten ermöglicht, dürfen diese bzgl. des Layouts nicht so gestaltet sein, dass sie als Webseiten der PHL bzw. ihrer Einrichtungen angesehen werden können. Die Nutzer*innen sind verpflichtet, die rechtlichen Bestimmungen für einen Webauftritt und vor allem die WWW-Richtlinien der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg für den Internetauftritt der Hochschule in der jeweils gültigen Fassung zu beachten und einzuhalten.
- (8) Wird von Webseiten, die sich im Verantwortungsbereich eines (evtl. externen) Betreibers befinden, auf rechtswidrige Inhalte verlinkt oder bestehen tatsächliche Anhaltspunkte, dass sie selbst rechtswidrige Inhalte enthalten und wird dies durch den Betreiber erkannt oder wird ein Betreiber über solche Referenzierungen oder Inhalte in Kenntnis gesetzt, wird die/der Nutzer*in informiert. Dieser hat die entsprechenden Referenzen oder Inhalte unverzüglich zu entfernen. Das MIT ist berechtigt, bis zur Änderung durch die/den Nutzer*in oder einer hinreichenden Klärung der Rechtslage die Webpräsenz zu sperren.
- (9) Die lokalen Festplatten der studentischen Arbeitsplätze stehen jeder/m Nutzer*in während einer Arbeitssitzung zur Verfügung. Nach Beendigung der Arbeit sollen alle Dateien auf der lokalen Festplatte gelöscht werden. Daten auf der lokalen Festplatte sind ungeschützt - in unregelmäßigen Abständen werden die Platten ohne Vorwarnung formatiert.

§ 9 Ausschluss von der Nutzung

- (1) Nutzer*innen können vorübergehend oder dauerhaft in der Nutzung der IuK-Infrastruktur beschränkt oder hiervon ausgeschlossen werden, wenn
 1. sie schuldhaft gegen die Bestimmungen dieser Benutzungsordnung, insbesondere gegen die in § 7 und § 8 aufgeführten Pflichten, verstoßen oder
 2. sie die IuK-Infrastruktur für strafbare Handlungen missbrauchen oder
 3. der PHL durch sonstiges rechtswidriges Nutzungsverhalten Nachteile entstehen.
- (2) Maßnahmen nach Absatz 1 sollen in der Regel erst nach vorheriger erfolgloser Mahnung erfolgen. Dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Auf Anforderung sind ihm rechtmäßig zustehende Daten zu überlassen.
- (3) Vorübergehende Nutzungseinschränkungen, über die der Betreiber entscheidet, sind aufzuheben, sobald eine ordnungsgemäße Nutzung wieder gewährleistet erscheint.
- (4) Eine dauerhafte Nutzungseinschränkung oder der vollständige Ausschluss einer

Nutzerin bzw. eines Nutzers kommt nur bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen i.S.v. Absatz 1 in Betracht. Die Entscheidung über einen dauerhaften Ausschluss trifft das Rektorat auf einen von der Leitung des Betreibers gestellten Antrag durch Bescheid. Mögliche Ansprüche der PHL aus dem Nutzungsverhältnis bleiben unberührt. Der Anspruch der Hochschule auf ein ggf. vereinbartes Entgelt bleibt bestehen. Der/dem Nutzer*in stehen Schadenersatzansprüche auf Grund des Ausschlusses nicht zu.

§ 10 Rechte und Pflichten des Betreibers

- (1) Betriebsbedingt kann der Betreiber die Nutzung der IuK-Infrastruktur vorübergehend einschränken oder einzelne Nutzerkennungen vorübergehend sperren. Sofern möglich, sind die betroffenen Nutzer*innen hierüber im Voraus zu unterrichten.
- (2) Sofern tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein/e Nutzer*in auf der IuK-Infrastruktur des Betreibers rechtswidrige Inhalte zur Nutzung bereithält, kann der Betreiber die weitere Nutzung verhindern, bis die Rechtslage hinreichend geklärt ist.
- (3) Der Betreiber ist berechtigt, die Sicherheit der Authentifizierungsschlüssel und der Nutzerdaten durch regelmäßige manuelle oder automatisierte Verfahren zu überprüfen und andere notwendige Schutzmaßnahmen durchzuführen, um die IuK-Infrastruktur und Nutzerdaten vor unberechtigten Zugriffen Dritter zu schützen. Nutzer*innen sind über getroffene Maßnahmen, die sie unmittelbar betreffen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (4) Der Betreiber ist nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen berechtigt, die Inanspruchnahme der IuK-Infrastruktur durch die einzelnen Nutzer*innen zu dokumentieren und auszuwerten, jedoch nur soweit dies erforderlich ist und andere - insbesondere arbeits- oder dienstrechtliche - Rechtsnormen dem nicht entgegenstehen
 1. zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebs,
 2. zur Ressourcenplanung und Systemadministration,
 3. zum Schutz personenbezogener Daten,
 4. zu Abrechnungszwecken,
 5. für das Erkennen und Beseitigen von Störungen sowie
 6. zur Aufklärung und Unterbindung rechtswidriger oder missbräuchlicher Nutzung.
- (5) Unter den Voraussetzungen von Absatz 4 ist der Betreiber auch berechtigt, unter Beachtung des Datengeheimnisses Einsicht in die Benutzerdateien zu nehmen, soweit dies zur Beseitigung aktueller Störungen oder zur Aufklärung und Unterbindung von Missbräuchen, sofern hierfür tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, erforderlich ist. Zur Aufklärung und Unterbindung von Missbräuchen ist eine gemeinsame Einsichtnahme durch mindestens zwei Verantwortliche erforderlich. Eine Einsichtnahme in die Nachrichten-, insbesondere E-Mail-Postfächer, ist jedoch nur zulässig, soweit dies zur Behebung aktueller Störungen im Nachrichtendienst unerlässlich ist. Die Einsichtnahme ist zu dokumentieren. Die/der betroffene Benutzer*in ist nach Zweckerreichung unverzüglich zu benachrichtigen.
- (6) Unter den Voraussetzungen von Absatz 4 können auch die Verbindungs- und Nutzungsdaten im Nachrichtenverkehr - insbesondere Mail-Nutzung - dokumentiert werden. Es dürfen jedoch nur die näheren Umstände der Telekommunikation, nicht

aber die nicht-öffentlichen Kommunikationsinhalte erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

- (7) Die unter den Voraussetzungen der Absätze 4 und 6 dokumentierte Inanspruchnahme der IuK-Infrastruktur darf nur zu den nach Absatz 4 die Protokollierung begründenden Zwecken verarbeitet werden und ist nach Wegfall der Erforderlichkeit der weiteren Speicherung unverzüglich zu löschen. Die personenbezogenen Protokollierungen und die Löschrufen sowie die Verantwortlichkeit zur Durchführung der Löschung sind zu dokumentieren.
- (8) Bei der Erhärtung des Verdachts auf strafbare Handlungen ist der Betreiber berechtigt, beweissichernde Maßnahmen vorzunehmen. Die PHL behält sich die Einleitung strafrechtlicher Schritte sowie die Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche ausdrücklich vor.
- (9) Die Übermittlung personenbezogener Protokolldaten an Dritte bedarf der Prüfung der Zulässigkeit durch das Rektorat.
- (10) Nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen ist der Betreiber zur Wahrung des Telekommunikations- und Datengeheimnisses verpflichtet. Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist der Betreiber verpflichtet, den datenschutzrechtlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen.
- (11) Der Betreiber ist verpflichtet, im Verkehr mit anderen Betreibern deren ergänzende Benutzungs- und Zugriffsrichtlinien einzuhalten, soweit diese der vorliegenden Benutzungsordnung nicht entgegenstehen.
- (12) Der Betreiber ist berechtigt, bei Erlöschen der Nutzungsberechtigung die von der/dem Nutzer*in angelegten und unter der Nutzungsberechtigung zugänglichen Daten nach einer angemessenen Frist zu löschen.
- (13) Der Betreiber ist berechtigt, einzelne Dienste ganz oder teilweise auch endgültig abzuschalten. Die betroffenen Nutzer*innen sind rechtzeitig vorher zu unterrichten.

§ 11 Haftung der Nutzerin bzw. des Nutzers

- (1) der Nutzer*in haftet für alle Schäden, die der PHL durch missbräuchliche oder rechtswidrige Nutzung der IuK-Infrastruktur oder dadurch entstehen, dass die/der Nutzer*in schuldhaft ihren/seinen Pflichten aus dieser Benutzungsordnung nicht nachkommt.
- (2) Die/der Nutzer*in haftet auch für Schäden, die im Rahmen der ihr/ihm zur Verfügung gestellten Zugriffs- und Nutzungsberechtigungen durch Drittnutzung entstanden sind, wenn sie/er diese Drittnutzung zu vertreten hat, insbesondere im Falle einer Weitergabe ihrer/seiner Benutzerkennung an Dritte. In diesem Fall kann die PHL von der/dem Nutzer*in nach Maßgabe der Entgeltordnung ein Nutzungsentgelt für die Drittnutzung verlangen.
- (3) Die/der Nutzer*in hat die PHL von allen Ansprüchen freizustellen, wenn Dritte die PHL wegen eines missbräuchlichen oder rechtswidrigen Verhaltens der Nutzerin bzw. des Nutzers auf Schadensersatz, Unterlassung oder in sonstiger Weise in Anspruch nehmen.

§ 12 Haftung der Hochschule

- (1) Die PHL übernimmt keine Gewährleistung für den fehlerfreien und unterbrechungsfreien Betrieb der IuK-Infrastruktur sowie für die Richtigkeit der Ergebnisse. Eventuelle Datenverluste sowie die Kenntnisnahme vertraulicher Daten durch unberechtigte Zugriffe Dritter können nicht ausgeschlossen werden.
- (2) Die Hochschule übernimmt keine Verantwortung für Schäden, die der/dem Benutzer*in durch Fehlverhalten anderer Nutzer*innen entstehen (Missbrauch von Passwörtern, Abhören/Verfälschung von Nachrichten oder Daten usw.).
- (3) Die PHL übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der zur Verfügung gestellten Programme und Daten. Die PHL haftet auch nicht für den Inhalt, insbesondere für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen, zu denen sie lediglich den Zugang zur Nutzung vermittelt.
- (4) Im Übrigen haftet die PHL nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ihrer Mitarbeiter*innen, es sei denn, dass eine schuldhafte Verletzung wesentlicher Pflichten vorliegt. In diesem Fall ist die Haftung der PHL auf typische, bei Begründung des Nutzungsverhältnisses vorhersehbare Schäden begrenzt, soweit nicht vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln vorliegt.
- (5) Mögliche Amtshaftungsansprüche gegen die PHL bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt.

§ 13 Kosten

- (1) Die Dienstleistungen des MITs und der sonstigen Betreiber werden für die verschiedenen Aufgabengruppen vorbehaltlich § 28 Abs. 1, letzter Satz LHG wie folgt verrechnet:

	Aufgabengruppe	Verrechnung
1	Anträge von Mitgliedern der PHL gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1	unentgeltlich
2	Anträge von Mitgliedern anderer Hochschulen des Landes	unentgeltlich
3	Anträge anderer Einrichtungen des Landes sowie überwiegend vom Land geförderter Einrichtungen	Betriebskosten
4	Anträge von Mitgliedern von Hochschulen des Bundes und anderer Länder	Selbstkosten-Land
5	Anträge anderer Einrichtungen des Bundes und anderer Länder sowie überwiegend aus öffentlichen Mitteln geförderter Einrichtungen	Selbstkosten-Land
6	Anträge von Mitgliedern von Hochschulen und ihrer Einrichtungen im Rahmen einer Nebentätigkeit	Vollkosten
	Anträge sonstiger Personen und Einrichtungen	Marktpreise

Soweit die Benutzung unentgeltlich erfolgt, kann ein Auslagenersatz erhoben werden. Besondere Kosten, die zur Durchführung von einzelnen Aufgaben entstehen, können gesondert berechnet werden. Das Rektorat kann Ausnahmen für die Entgeltberechnung zulassen.

Die Betriebskosten umfassen den jährlichen Aufwand für die Bereitstellung, Bedienung und Nutzung der Betriebsmittel des Betreibers ohne Abschreibungskosten.

Die Selbstkosten-Land umfassen die Gesamtkosten für den Betreiber, soweit sie vom Land getragen werden.

Die Marktpreise orientieren sich an den Preisen gewerblicher Institute für vergleichbare Leistungen; sie müssen kostendeckend sein.

Die Vollkosten umfassen die Gesamtaufwendungen des Betreibers.

- (2) Für die Aufgabengruppen werden auf Empfehlung des Koordinierungsausschusses des KIZ in einer Gebührensatzung die Entgeltsätze pro Abrechnungseinheit im Voraus festgesetzt und den Nutzer*innen bekannt gegeben. Die Festsetzung beruht auf Absatz 1 und der jährlich vorzunehmenden Kostenrechnung des Betreibers.
- (3) Sind Nutzer*innen, auf Grund der Überlassung von Mitteln Dritter, Dritten gegenüber zu Gegenleistungen verpflichtet und ist hierfür die Inanspruchnahme der Dienste des Betreibers erforderlich, so sind dem Dritten die Kosten in Rechnung zu stellen, die dieser als Entgelt zu zahlen hätte, wenn er selbst die Nutzung der Dienste des Betreibers beantragen würde.
- (4) Die Pflicht zur Zahlung des Entgelts entsteht mit dem Beginn der Bereitstellung.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Ordnung unwirksam oder undurchführbar sein oder nachträglich unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Ordnung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der inhaltlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt wurde. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Ordnung als lückenhaft erweist.